

Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
 Kämmerei
 Frauenbeauftragte nach HGIG
 Frauenbeauftragte nach HGO
 Sonstiges

Rechtsamt
 Umweltamt: Umweltprüfung
 Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich	erforderlich
öffentlich	nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind
 keine finanziellen Auswirkungen verbunden
 finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

	Prognose Zuschussbedarf			
HMS-Ampel	rot	grün	abs.:	
			in %:	

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

		Budget verfügte Ausgaben (Ist)
Investitionscontrolling	Investition	Instandhaltung
		abs.:
		in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
Summe einmalige Kosten:						
Summe Folgekosten:						

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Das Hessische Archivgesetz (HArchivG) wurde durch den Gesetzgeber zum 14.10.2022 novelliert. Der neue systematische Aufbau des Gesetzes macht eine Aktualisierung der Querbezüge in der Archivsatzung und der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Wiesbaden durch Änderungssatzungen notwendig.

C Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
 - 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1.1 die Satzung über die Archivierung von Unterlagen der Landeshauptstadt Wiesbaden (Archivsatzung) sowie die Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Wiesbaden sich insbesondere im Zusammenhang mit den gesetzlichen Schutzfristen auf das Hessische Archivgesetz (HArchivG) beziehen.
 - 1.1.2 ein novelliertes HArchivG am 14.10.2022 in Kraft getreten ist.
 - 1.1.3 um Normenklarheit zu schaffen, die Bezüge auf das HArchivG in der Archivsatzung und in der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Wiesbaden wie in den Anlagen 1 und 2 beschrieben durch Änderungssatzungen angepasst werden müssen.
 - 1.2.1 Der in der Anlage 1 beigefügte Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung über die Archivierung von Unterlagen der Landeshauptstadt Wiesbaden (Archivsatzung) wird als Satzung beschlossen.
 - 1.2.2 Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf einer Satzung zur Änderung der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Wiesbaden wird als Satzung beschlossen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Normenkohärenz zwischen dem Hessischen Archivgesetz (HArchivG) und den städtischen Normen in Bezug auf die Archivierung und Nutzung von Unterlagen der Landeshauptstadt Wiesbaden wird wiederhergestellt.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

Die Satzungsentwürfe sind mit dem Rechtsamt abgestimmt.

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Keine

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden,

Imholz
Stadtrat